

Eine Verschärfung des Lockdowns, den es nicht geben sollte, und einer Kumpanei der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten an dem Parlament vorbei, was es in einer Demokratie ebenfalls nicht geben sollte, ist heute der [große Aufmacher in den Medien](#). „Experten schwören Länderchefs auf harten Lockdown ein. Kurz vor Merkels Treffen mit den Ministerpräsidenten erteilen Fachleute den Regierenden in interner Runde letzte Ratschläge. Der Tenor nach SPIEGEL-Informationen: Ein knallharter Lockdown muss her.“ (Spiegel)

Am 5. Januar 2021 veröffentlichten wir diesen Text bei Facebook:

„Lockdown bis Juni bereits geplant? Der Ablaufplan des Bundesfinanzministeriums sieht im Rahmen der Erläuterung seiner neuen Corona-Überbrückungshilfen einen Lockdown bis Juni 2021 (vor). 2020NEWS.de zitiert das Amt: „Die Überbrückungshilfe wird nochmal deutlich verbessert, außerdem gibt es eine unbürokratische Dezemberhilfe. Das kostet viel Geld, aber die Alternative einer Welle von Unternehmenspleiten und Entlassungen wäre noch viel teurer für uns alle. Gemeinsam meistern wird das, gemeinsam sind wir für alles gerüstet.“ <https://2020news.de/lockdown-schon-geplant-bis-juni-2021/>



Ruhrkultour

5. Januar um 06:37 ·

...

Lockdown bis Juni bereits geplant? Der Ablaufplan des Bundesfinanzministeriums sieht im Rahmen der Erläuterung seiner neuen Corona-Überbrückungshilfen einen Lockdown bis Juni 2021. 2020NEWS.de zitiert das Amt: "Die Überbrückungshilfe wird nochmal deutlich verbessert, außerdem gibt es eine unbürokratische Dezemberhilfe. Das kostet viel Geld, aber die Alternative einer Welle von Unternehmenspleiten und Entlassungen wäre noch viel teurer für uns alle. Gemeinsam meistern wird das, gemeinsam sind wir für alles gerüstet." <https://2020news.de/lockdown-schon-geplant-bis-juni-2021/>

#lockdown2021 #coronapolitik



Correctiv kommt zu dem Ergebnis: „Nein, diese Grafiken zeigen nicht, dass das Finanzministerium mit einem Lockdown bis Juni 2021 rechnet“. Das haben weder wir noch 2020News behauptet. Da die „Faktenschecker“ ihre Quellen sorgfältig belegen, kann ihr Einwand [hier](#) nachvollzogen werden.

Ist eine Verlängerung der Lockdowns denn ausgeschlossen? Die Maßnahmen sollten ursprünglich 14 Tage dauern, aber sie gehen im März bereits ins zweite Jahr. Die Bundesregierung weigert sich, einen Zeitplan vorzulegen. Die Frage nach der Beendigung der Maßnahmen muss noch viel lauter werden. Aber offenbar verstößt allein schon die Frage gegen die „unfehlbare“ Coronapolitik der Regierung und gegen die Richtlinien von Facebook.



Aber um Korrektheit geht es den „Faktencheckern“ von Facebook nicht. Sie arbeiten gemeinsam mit der Regierung an dem Maulkorb, den sie Nutzern von Facebook verpassen möchten. Sie verringern die Reichweiten der Kritiker der Coronapolitik und fördern [mit den Mitteln der Zensur](#) die Umwandlung der Gesellschaft in ein totalitäres System.

Der Facebook-Chef Mark Zuckerberg, dessen [Plan zum „Aufbau einer globalen Gemeinschaft“](#) ein wichtiger Mosaikstein für den „Great Reset“ ist und vom WEF veröffentlicht wurde, hat bereits 2019 vor dem US-Kongress angekündigt, dass er die [Reichweite von Impfgegnern beschränken](#) werde. Sein „Verständnis des wissenschaftlichen Konsenses“ bestehe darin, dass die Menschen ihre Impfstoffe erhalten sollten, sagte er.

Die Monopolstellung von Zuckerberg & Co. ist das eigentliche Problem der sozialen Medien. [Die US-Regierung und 48 Bundesstaaten klagen gegen Facebook](#). Ihre Begründung: Mit WhatsApp und Instagram sei Facebook zum Monopol geworden.

Unsere Schlussfolgerung: Wie viele andere Gegner der Diktatur und des Gesinnungsterrors haben auch wir uns auf den Umzug weg von Facebook und Twitter vorbereitet.

Für journalistenwatch.com hatte das Einschreiten der „geistigen Nachfahren der Goebbels’schen Reichsschrifttumskammer“ (Jouwatch) die [Sperrung der Facebookseite](#) zur Folge. Das Bundesfinanzministerium habe inzwischen eingeräumt, dass die von Jouwatch und vielen lockdownbetroffenen Unternehmen vorgenommene Interpretation seiner Grafik nur so und nicht anders verstanden werden konnte; „es änderte nämlich nach Erscheinen des Jouwatch-Artikels die Grafik sang- und klanglos ab.“ Jouwatch erklärt: „Jouwatch hat über eine nicht einmal missverständliche, sondern unzweifelhafte Darstellung des Ministeriums berichtet, die zu diesem Zeitpunkt keinen anderen Schluss zuließ als den, dass mit Schließungen bis Juni gerechnet wird – und Correctiv hat dieses Faktum als „falschen Kontext“ geflaggt und deshalb die Seitensperre auf Jouwatch veranlasst. Wegen dieses ungeheuerlichen Vorgangs wird Jouwatch selbstverständlich straf- und zivilrechtlich gegen Correctiv und gegebenenfalls auch Facebook vorgehen.“

Lockdown bereits in Österreich bis 7.2. verlängert: Gerald Grosz im Interview



Werbung

Gerd Schultze-Rhonhof

1939

Der Krieg, der
viele Väter hatte

Der lange Anlauf
zum Zweiten Weltkrieg

KOPP